

## Pressemitteilung, 21. November 2018

### Pressekontakt

**Dr. Stefanie Orphal**

Leitung Kommunikation

Communications Director

Zentrum für Osteuropa- und  
internationale Studien (ZOiS)  
gGmbH

Mohrenstraße 60, 10117 Berlin

+49 (30) 2005949-20

presse@zois-berlin.de

zois-berlin.de

21. November 2018

### Expertenstimme

#### Das Erbe des Majdan

*Am Abend des 21. November vor fünf Jahren begannen die Proteste auf dem Kiewer Majdan. Sie dauerten mehrere Monate an und führten zu einem Regierungswechsel, forderten aber auch Todesopfer und dienten als Vorwand für die Annexion der Krim durch Russland und den Krieg in der Ostukraine.*

Als Auslöser der Proteste gilt vor allem die Nichtunterzeichnung des EU-Assoziierungsabkommen durch den damaligen Präsidenten Viktor Janukowitsch. „Die eigentliche Ursache war jedoch die weit verbreitete Frustration über ein korruptes und autoritäres Regime“, meint Prof. Dr. Gwendolyn Sasse, Direktorin des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS). „Als die Proteste ausbrachen, war Janokowitsch in der ganzen Ukraine unbeliebt, und zwar auch im Südosten des Landes. Dieser Ausgangspunkt ist jedoch vielfach in Vergessenheit geraten.“

#### Unpräzise Erinnerungen

Auch bei anderen Themen sind die Erinnerungen nach fünf Jahren zum Teil unpräzise. Im Unterschied zur Orangen Revolution, an die der Euromajdan in vielem anschloss, gab es 2013 keine wirksame Koalition von Oppositionsparteien und die Dynamik der zivilgesellschaftlichen Mobilisierung war weniger kontrollierbar. So kam es im Wechselspiel mit dem Vorgehen des Janukowitsch-Regimes auch zur Eskalation der Gewalt und zur Formation eines Akteurs wie dem sogenannten „rechten Sektor“: „Der Einfluss des ‚rechten Sektors‘, während des mehrere Monate andauernden Majdans sollte jedoch nicht überschätzt werden“, so Gwendolyn Sasse.

#### Breitere Unterstützung für Reformen

Vor dem Hintergrund der bald folgenden Krim-Annexion und des Krieges in der Ostukraine verblasst außerdem oft die Tatsache, dass es auch im (Süd)Osten der Ukraine pro-Majdan-Proteste gegeben hat. Sie waren zwar zahlenmäßig kleiner, weisen aber darauf hin, dass es eine breitere Unterstützung für Reformen gab.

„Seit 2014 hat die Ukraine tiefgreifende Reformen in Angriff genommen, doch bei breiten Teilen der Bevölkerung ist die Enttäuschung, die auf die unrealistisch hohen Erwartungen des Majdan folgte, groß. Diese wird die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2019 prägen,“ bilanziert Sasse.

**ZOiS-Expertin:**

***Prof. Dr. Gwendolyn Sasse** ist wissenschaftliche Direktorin am Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS). Sie ist Professor of Comparative Politics im Department of Politics and International Relations und in der School of Interdisciplinary Area Studies an der Universität Oxford.*

Gwendolyn Sasse steht Ihnen für Interviews zur Verfügung. Sie erreichen sie über die Pressestelle des ZOiS: +49 (30) 2005949-20, <mailto:presse@zois-berlin.de>.